



SPD Stadtverband Leipzig

Wahlen und Beschlüsse
des ordentlichen Stadtparteitags

Leipzig, 24. September 2016

Leipzig, 18. Oktober 2016

www.spd-leipzig.de

Antrag A 01

Einreicher: AfA Leipzig
Beslossene Fassung

Für die Fortsetzung des Beschäftigungssicherungstarifvertrages bei der LVV

Der Parteitag möge beschließen:

Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und an die Stadtratsfraktion der SPD Leipzig weiterleiten:

Wir fordern die Stadtratsfraktion und alle sozialdemokratischen Verantwortlichen in den Gremien auf, sich im Rahmen notwendiger Umstrukturierungen in den LVV-Gesellschaften und den weiteren Beteiligungsunternehmen gegen betriebsbedingte Kündigungen und für die Einbeziehung der Arbeitnehmersvertretungen einzusetzen.

Antrag A 02

Einreicher: OV Leipzig-Südwest
Beslossene Fassung

Arbeitsbedingungen der Honorarkräfte an der Volkshochschule verbessern

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD Leipzig ruft den Oberbürgermeister und die SPD Stadtratsfraktion auf, darauf hinzuwirken, die Honorarsätze der freien Dozentinnen und Dozenten an der Leipziger Volkshochschule zu erhöhen und entsprechend der notwendigen Qualifikation zu vereinheitlichen. Dabei sind die Dozenteninitiative der Volkshochschule Leipzig, sowie die bereits engagierten Gewerkschaften ver.di und GEW einzubeziehen.

Bei der Ermittlung der Höhe der Honorarsätze sollen Beitragszahlungen für Kranken- und Rentenversicherungen, Verdienstaufschläge im Krankheitsfall, während der Urlaubszeit und im Mutterschutz berücksichtigt werden.

Zudem soll über eine Interessenvertretung der freien Dozentinnen und Dozenten verhandelt werden.

Die SPD Leipzig fordert den Landesvorstand der SPD Sachsen und die Fraktion der SPD im sächsischen Landtag dazu auf, sich aktiv für die Erhöhung des Etats der Erwachsenen- und Weiterbildung im nächsten Haushalt 2017/18 des Freistaates Sachsen auf mindestens 10 Mio. € jährlich einzusetzen.

Antrag A 05

Einreicher: OV Leipzig-Süd
Beschllossene Fassung

Stadtbezirksbezogene Regionalisierung der kriminalpräventiven Arbeit

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Stadtrat von Leipzig wird aufgefordert, in geeigneter Form politisch initiativ zu werden und auf die Bildung von stadtbezirksbezogen arbeitenden kriminalpräventiven Räten hinzuwirken.

Nach dem Vorbild des Kriminalpräventiven Rats für Leipzig sollen diese im Stadtbezirk die unterschiedlichen Akteure aus Polizei, Verwaltung und Zivilgesellschaft – insbesondere auch die Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsbeiräte – zusammenbringen und helfen, die konkreten Problemlagen im Bereich „Sicherheit und Ordnung“ vor Ort zielgerichtet zu lösen.

Antrag A 06

Einreicher: OV Leipzig-Süd
Beslossene Fassung

Lokale Extremismusprävention breit und fundiert aufstellen

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Stadtrat von Leipzig wird aufgefordert, in geeigneter Form politisch initiativ zu werden und darauf hinzuwirken, dass die kommunale Beratungsarbeit im Bereich der Extremismus- und Gewaltprävention die bisherige Schwerpunktsetzung zum politischen Extremismus – und hier insbesondere dem Rechtsextremismus – sichtbar erweitert und fundiert um das Spannungsfeld religiös und ethnisch-kulturell motivierten Extremismus ergänzt.

Die Ergebnisse der jüngst durch den Stadtrat beschlossenen Studie zu Gewaltpotenzialen in Leipzig sollten dabei in den politischen Erarbeitungsprozess zu gegebener Zeit einbezogen werden.

Initiativantrag I 01

Beschlossene Fassung

Abbiegeassistent für LKW's

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD Fraktion im Bundestag wird aufgerufen, Gesetzgebungsverfahren auf den Weg zu bringen, dass alle Lastkraftwagen ab 3,5 Tonnen insbesondere die mit erhöhter Fahrerkanzel) zeitnah mit einem elektronischen Abbiegeassistenten ausgestattet werden müssen.

Der Antrag wird als Initiativantrag an den Landesparteitag und Bundesparteitag weitergeleitet.

Initiativantrag I 02

Beschlossene Fassung

Goldschmidtstraße bleibt Goldschmidtstraße

Der Parteitag möge beschließen:

Die SPD Leipzig begrüßt, dass der verstorbene Kurt Masur geehrt werden soll. Sie spricht sich allerdings dafür aus, die (Um-)Benennung einer Straße nicht zu überstürzen und eine wirklich gute Wahl zu treffen. Die im Gespräch befindliche Splittung der Goldschmidtstraße auf Höhe der Nürnberger Straße lehnt die SPD Leipzig grundsätzlich ab. Henriette Goldschmidt ist eine der wichtigsten Figuren der Frauenbewegung und hat weit über die Grenzen von Leipzig hinaus gewirkt. Die Stadt Leipzig wäre nicht gut beraten, ihr Andenken zu schmälern oder gar zu beschädigen.